

Y-Trasse kostet erste Arbeitsplätze

Zielvorgabe: Landkreise auf gleichen Wissensstand wie Bürgerinitiativen bringen

In die Diskussion um die Y-Trasse kommt neue Bewegung. Auch die Mehrheitsgruppe im Kreistag aus CDU, Grünen, Heide-Union und UWG hat jetzt gefordert, endlich klare Fakten auf den Tisch zu legen, damit die von der Planung betroffenen Kommunen wissen, woran sie sind. Landrat Manfred Ostermann berichtete am Freitag im Kreistag von einem Informationstermin im Wirtschaftsministerium. Dabei habe das Land signalisiert, die Landkreise im Untersuchungsraum der Y-Trasse auf das Wissensniveau der dortigen Bürgerinitiativen zum Projekt zu bringen.

Walsrode (es). Der Kreistag hat zum Thema Y-Trasse in der Vergangenheit einen Zickzackkurs gefahren. Eigentlich sei man gegen das Verkehrsvorhaben, weil es den Raum durchschneide und möglicherweise Landschaft und Tourismus schade. Doch wenn die Schnellstrecke komme, dann wolle man wenigstens davon profitieren.

Alternativen untersucht

Herausgekommen ist dabei die Forderung nach einem ICE-Halt im Bereich der Autobahnbrücke bei Düşhorn. Die alte Landesregierung hat hierfür Unterstützung signalisiert. In der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung zur Y-Trasse gibt es keine klaren Festlegungen.

Aber genau die fordert jetzt die Mehrheitsgruppe im Kreistag. Es müsse nun endlich vorgehen, die Bürger müssten beteiligt werden und die Kommunen erfahren, ob und wann das Vorhaben umgesetzt wird. Nicht nur die Stadt Walsrode wird bei den Planungen ihres neuen Gewerbegebietes im Bereich Schneeheide durch den bisher festgelegten Korridor für die Y-Trasse behindert.

Für Schwarmstedts Samtge-

meindebürgermeister Björn Gehrs gehen die Forderungen aus dem Kreistag nicht weit genug. Die Fortschreibung der Trasse im Landesraumordnungsprogramm und damit auch im Raumordnungsprogramm des Landkreises seien ein Fehler gewesen. „Die Strecke ist in den 90er Jahren für den Personenverkehr geplant

worden. Da war vom Güterverkehrsbedarf überhaupt noch keine Rede. Es sind heute ganz andere Voraussetzungen da, darum muss die bisherige Trassenplanung aus den offiziellen Vorgaben verschwinden“, so seine Forderung.

Aus seiner Sicht müsse das völlig überholte Raumordnungsverfahren zur Y-Trasse aufgehoben werden. „Es muss ein neues Verfahren geben“, fordert Gehrs und weiß aus eigener Erfahrung, welche negativen Konsequenzen das bisherige Verfahren und seine alten Festlegungen vor Ort hat. „Wir verlieren dadurch aktuell Investoren und es kostet neue Arbeitsplätze“, hebt Gehrs hervor und verweist auf das Gewerbegebiet Buchholz.

Dies Gewerbegebiet werde



Ergebnisse sind bekannt: Bahnchef Rüdiger Grube hatte beim Gespräch mit den Bürgerinitiativen im vergangenen Jahr die Untersuchung weiterer Trassenalternativen angekündigt. Die Ergebnisse sollen inzwischen vorliegen.

durch die fiktive Trasse durchschnitten. Dadurch könnten einzelne Grundstücke, für die es aktuell Kaufinteressenten gibt, nicht veräußert werden.

„Unser Gewerbegebiet ist älter als die Planungen für die Y-Trasse, aber die sogenannten raumordnerischen Planungen des Landes werden höher bewertet. Daran müssen wir uns halten, sind also machtlos“, betont Gehrs und fordert eine schnelle neue Weichenstellung von Bahn und allen übergeordneten Behörden.

Ergebnisse liegen vor

Landrat Manfred Ostermann berichtete aus dem Gespräch im Wirtschaftsministerium in Hannover, dass die Bahn die Untersuchung der bisherigen und drei alternativer Trassenführungen

für das „Y“ weitgehend beendet habe. Die Ergebnisse würden derzeit an den DB-Vorstand und den Bund übermittelt. „Danach wird eine Veröffentlichung erwartet. Wann eine Entscheidung des Bundes für eine Variante erwartet werden kann, ist offen“, so der Landrat im Kreistag.

Nach der internen Veröffentlichung des Ergebnisses sei ein zeitnahes weiteres Treffen geplant. Dort werde dann beraten, wie man mit den Ergebnissen umgehe, wie man sie veröffentliche und wie die Bürgerbeteiligung erfolgen soll. Aktuell scheinen die Bürgerinitiativen an der bisherigen Y-Trasse jedenfalls besser informiert zu sein als die Landkreise. Darum hat der neue Wirtschaftsminister Olaf Lies das Interesse des Landes bekundet, zumindest die betroffenen Landkreise auf den Informationsstand der Initiativen zu bringen.